

# kriens

## Provisorischer Auszug

aus dem Protokoll des Einwohnerrates

Sitzungsdatum

30. September 2021



**(Das Protokoll ist erst provisorisch und weder von der Geschäftsleitung noch vom Einwohnerrat genehmigt worden)**

#### 4. Bericht und Antrag: Wiedereinführung Nachkommenerbschaftssteuer

Nr. 034/21

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständige Sarah Deschwanden.

Martin Zellweger sagt, dass die 2. Lesung des Geschäfts Wiedereinführung Nachkommenerbschaftssteuer an der letzten Sitzung nur kurz behandelt wurde. Da in der ersten Lesung im Einwohnerrat keine Anträge resp. Bemerkungen überwiesen wurden hat sich gegenüber der 1. Lesung nichts verändert. Sämtliche Positionen und Argumente der Fraktionen bleiben ebenfalls unverändert. Eingetreten wurde bereits anlässlich der ersten Lesung. Dem Beschlusstext wurde mit fünf «Ja» gegenüber vier «Nein» Stimmen zugestimmt.

Gemäss Erich Tschümperlin unterstützt die Grüne/glp-Fraktion die Einführung dieser Steuer und wird dem B+A zustimmen. Wenn sie die finanzielle Situation betrachten, dann wird klar, dass Kriens auf jede Einnahme angewiesen ist. Die Erbschaftssteuer bringt zwar nicht viel Geld in die Kasse, aber diese Einnahmen werden dringend gebraucht. Und da sie nicht viel bringt, ist auch klar, dass sie niemanden in existentielle Not bringen wird. Wenn man die Einnahmen durch die Anzahl Erbfälle teilt, dann wird sieht man, dass die Beträge verkraftbar sind. Es wurde schon der Teufel an die Wand gemalt, dass einige KMU's nun deswegen aufgeben oder verkauft werden müssten. Wenn man sich die Zahlen im B+A anschaut, dann stellt man fest, dass dieses Argument wohl nicht sticht. Bei Abstimmungen werden KMU – wie auch die AHV – regelmässig bemüht und sind ein beliebtes Argument. Wenn gesunde KMU's vererbt werden, dann ist die Steuer für die Nachkommen verkraftbar. Aber es geht hier um etwas Grundsätzliches. Eine abgeschaffte Steuer wird wiedereingeführt. Es ist leicht gegen eine neue Steuer oder eine Steuererhöhung anzutreten. Aber ohne zusätzliche Einnahmen wird man die Krienser Finanzen nicht ins Gleichgewicht bringen. Vor allem, wenn man dabei auch noch einen gewissen Schuldenabbau mit einbezieht. Bisher wurden einige Sparrunden mitgetragen. Dies wird von den Wählern oft nicht verstanden. Es ist nun an der Zeit auf der Einnahmenseite ein Zeichen zu setzen. Sie sind nicht bereit weitere Einsparungen mitzutragen, wenn auf der Einnahmenseite geblockt wird. Und die Grüne/glp-Fraktion möchten hier in Erinnerung rufen, dass die Einnahmen ausdrücklich ein wichtiger Teil der Finanzstrategie sind. Nun zeigt sich, ob diese auch auf der Einnahmenseite ernst genommen wird. Wenn sich jeder nur den Teil herauspflückt, der ihm und seinen Wählern genehm ist, dann

---

wird sie als verbindliches Strategiepapier schon bald zu Makulatur. Auch sie sind nicht glücklich, wenn eine neue Steuer eingeführt werden muss. Aber ohne diesen Baustein geht es auf dem Weg zu gesunden Finanzen leider nicht. Themen wie Standortattraktivität und Verwaltungsaufwand oder Doppelbesteuerung wurde das letzte Mal ausführlich diskutiert und deshalb muss dies nicht nochmal durchgegangen werden. Die Grüne/Grünliberale Fraktion unterstützt die Nachkommens Erbschaftssteuer als wichtigen Bestandteil zur Sanierung der Finanzen.

Michèle Akermann stellt fest, dass die SVP-Fraktion gegen die Wiedereinführung der Nachkommenerbschaftssteuer ist und diesen B+A klar ablehnen wird. Sie waren bereits bei der 1. Lesung skeptisch, haben jedoch versucht mit Änderungsanträgen vielleicht doch zu einer Lösung zu kommen. Bekanntermassen sind alle Änderungen und Anpassungen abgelehnt worden. Dies bestärkt die SVP-Fraktion für die 2. Lesung in ihrem Nein. Die Gründe für die Ablehnung sind weiterhin die gleichen. So gab es 2002 eine Initiative, aus welcher eindeutig hervorgegangen ist, dass die Bevölkerung diese Steuer nicht will. Mit dieser Wiedereinführung schneidet man sich ins eigene Fleisch und deshalb ist die Fraktion überzeugt, dass diese keine finanzielle Hilfe bringen, sondern im Gegenteil einen Schaden verursachen wird. Es ist wichtig, dass die Stadt Kriens ihr Image verbessert, damit gute Steuerzahler angezogen werden können. Mit der Einführung von zusätzlichen Steuern vertrieben werden aber eher bestehende Steuerzahler vertrieben und ziehen sicher keine Neuen an. Diese Steuer führt zu einer Doppelbesteuerung und bestraft Sparer, was die Fraktion nicht unterstützen kann. Sie werden deshalb, sollte der B+A vom Rat angenommen werden, zusammen mit der FDP-Fraktion das parlamentarische Referendum ergreifen und sind sehr guter Dinge, dass dies auch klappt.

Beat Tanner merkt an, dass auch die FDP-Fraktion in der zweiten Lesung gegen die Einführung einer Nachkommenserbschaftssteuer ist. Es gibt verschiedene Gründe, die für sie gegen eine Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer sprechen. Das ganze Vermögen der Erblasser wurde bereits einmal als Einnahmen und dann als Vermögen besteuert. Die Einführung einer Nachkommenserbschaftssteuer führt somit zu einer Doppelbesteuerung. Bei Erbschaften von Immobilien ist grundsätzlich der im Todeszeitpunkt in Kraft stehende Katasterwert massgebend. Eine Erbschaft kann ohne Cash dazu führen, dass eine Nachkommenserbschafts-Steuerrechnung nicht bezahlt werden kann. Man hat auf der einen Seite einen Vermögensanteil von den Eltern bekommen, kann aber die Steuern nicht bezahlen, ohne dass das Haus oder die Wohnung verkauft werden muss. Ebenfalls sieht die Fraktion auch Existenzprobleme von KMU's, wenn auf den Wert der Unternehmung eine Nachkommenserbschaftssteuer geschuldet wird. Entweder gibt es dann die Möglichkeit auf ein Darlehen bei einer Bank oder die Firma muss verkauft oder noch schlimmer liquidiert werden. Fakt ist, dass wenige Einwohnerinnen und Einwohner eine hohe Vermögenssteuer bezahlen. Die Fraktion schliesst daraus, dass mit der Einführung einer Nachkommenserbschaftssteuer keine grossen Steuererträge zu erwarten sind. Der Stadtrat schraubt aus ihrer Sicht einmal mehr an den falschen Stellen, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Die Einführung neuer Steuern ist nicht das richtige Mittel und bringt Kriens nur negative Schlagzeilen. Sollte eine die linke Mehrheit mit Hilfe der Mitte eine solche Steuer beschliessen, will die FDP-Fraktion, dass die Bevölkerung an einer Abstimmung darüber befinden kann. Deshalb werden sie zusammen mit der SVP-Fraktion das parlamentarische Referendum gegen diese Vorlage ergreifen.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Mitte/der jungen Mitte-Fraktion beim Stadtrat für den in 2. Lesung vorliegenden und unveränderten Bericht, die Erbschaftssteuer für Nachkommen in Kriens wieder einzuführen und das entsprechende Reglement. Es ist in ihren Augen müssig, die Argumente aus der 1. Lesung noch einmal zu wiederholen, einzig folgende zwei Botschaften möchte sie vehement noch einmal platzieren: Betroffen sind nur sehr grosse Erbschaften ab Fr. 100'000.00. Welch ein einmaliges Privileg und bestimmt kein Grund nicht in Kriens zu wohnen und mit 1 Prozent des geerbten Betrages zur Attraktivität von Kriens beizutragen und von Lebensqualität zu profitieren. Die Wiedereinführung die-

---

ser moderaten Steuer trägt einen weiteren Teil zur nachhaltigen, langfristigen Gesundung der Stadt Krienser Finanzen bei. Tun wir es rund der Hälfte aller Gemeinden im Kanton Luzern gleich – auch wirtschaftlich besser Gestellten. Nur so kann Kriens das strukturelle Defizit der Stadtfinanzen korrigieren. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützt dieses konsequente und verpflichtende Vorgehen des Stadtrates und stimmt der Vorlage klar zu. Sie blicken auf eine baldige Bestätigung auch durch den Regierungsrat: Für ein gesundes Kriens.

Laut Michael Portmann hat Meggen 2020 gemäss LUSTAT als Erbschaftssteuern 2,1 Millionen Franken eingenommen. Kriens im gleichen Jahr ohne kommunale Nachkommen-Erbschaftsteuer 0,5 Millionen Franken. Würde man heute einstimmig diese Vorlage überweisen, so würde der Ertrag gemäss Vorhersage der Stadt Kriens auf maximal 0,8 Millionen Franken ansteigen. Verglichen mit der Stadt Luzern, welche im Jahr 2020 6,7 Millionen Franken Erbschaftssteuern all inclusive einnimmt, sind die zusätzlichen 0,3 Millionen Franken Einnahmen aus der Nachkommen-Erbschaftsteuer ein Peanuts. Wozu also werden diese Einnahmen bei einem Budget mit 200 Millionen Franken überhaupt gebraucht? Im Juni 2020 war sie dann endlich da, eine Finanzstrategie mit dem Namen «Stadtfinanzen im Gleichgewicht». In diesem Planungsbericht wird klar aufgezeigt, mit welchen Massnahmen auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden sollen. Sogar eine Schuldenbremse fand ihren Platz im Konstrukt. Heute, ein Jahr später stellt man fest, dass der Stadtrat ähnlich wie beim «Leiterli-Spiel» immer wieder nach unten beordert wurde, ohne seinem erklärten Ziel von gesunden Finanzen näher zu kommen. Wieder soll hier im Rat über eine Massnahme auf der Einnahmenseite beschlossen werden und wieder wird der gesamte «Mechano» sichtbar von «Referendum ergreifen» bis «Volksabstimmung durchführen müssen». Was widersprüchlich ist, ist der Betrag, um welchen es dabei geht: 0,2 – 0,3 Millionen Franken. Widersprüchlich, weil damit die Stadtfinanzen ins Gleichgewicht gebracht werden wollte, die um mehrere Millionen aus dem Lot gefallen sind. Diese Einnahmen reichen dazu definitiv nicht aus. Wer meint, dass dies wirklich eine Volksabstimmung wert sei, vergisst, dass die Stadt Kriens exakt wegen solchen Volksabstimmungen einen gewaltigen Imageschaden erleidet. Wer will schon nach Kriens ziehen, wenn dort so erbittert, um Einnahmen von maximal zwei Tausendstel Budgetaufwand gestritten wird? Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion sollen sich gut überlegen, was hier auf dem Spiel steht. Keine andere Gemeinde im Kanton lebt ihre Finanzprobleme derart lautstark aus wie die Stadt Kriens und staut gleichzeitig Investitionen in Millionenhöhe an. Investitionen, welche in den umliegenden Gemeinden selbstverständlich sind: Zeitgemäss Informatikmittel in der Volksschule, zeitgerecht Naphtalin-sanierte Schulhäuser, hindernisfreie Bushaltestellen, altersfreundliche Siedlungen oder bedürfnisgerechte und bezahlbare Kinderbetreuung im Vorschul- und im Schulalter. All das sind Standortfaktoren, die bekanntermassen den Steuerertrag ansteigen lassen, was die umliegenden Nachbargemeinden regelmässig mit Überschüssen in den Jahresrechnungen anzeigen. Ruhig, gemütlich und friedlich ... und Kriens plagt sich schon wieder mit einer Volksabstimmung herum, welche weder bei einem «Ja» noch bei einem «Nein» die Krienser Finanzprobleme löst, sondern nur die Fronten verhärtet und damit Kompromisse grundlegend verhindert. Während sich die umliegenden Nachbargemeinden gezielt in ihre Infrastrukturen investieren, ihre neuen Überbauungen mit zufriedenen Menschen füllen und für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger immer attraktiver werden. Diese Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen und weil auch Kleinvieh Mist macht, sagt die SP-Fraktion «Ja» zur Nachkommenserbschaftsteuer. Schliesslich ermöglichen nur Stadtfinanzen im Gleichgewicht eine kontinuierliche Finanzierung der Investitionen, nur sie sichern den Werterhalts und führen zu mehr Handlungsspielraum.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass das Argument der Doppelbesteuerung doch nochmals erwähnt wurde. Auch er versteuert sein Einkommen, trotzdem zahlt er auf seine Einkäufe Mehrwertsteuer oder beim Kauf oder Verkauf einer Liegenschaft Handänderungssteuer oder Grundstückgewinnsteuer. Dieses Steuersystem ist gewachsen und kennt aus historischen Gründen verschiedenste Steuern. Zudem wurde argumentiert, das KMU wegen der Erbschaftsteuer liquidiert werden müssen, andererseits sei der Ertrag sehr tief. Gesunde KMU's können diese recht tiefen Beträge sicher verkraften. Mit den tiefen Unternehmenssteuern im Kanton Luzern entlasten, besser gesagt unterstützt die Bevölkerung seit

---

Jahren die Unternehmen sehr stark. Die juristischen Personen zahlen seit der Reform nur noch einen kleinen Teil der Steuerlast im Kanton Luzern.

Räto Camenisch merkt an, dass so ein Volksentscheid, welcher noch nicht 20 Jahre alt ist, umgestossen wird. Es wird als unpassend und schädigend für Kriens empfunden. Er ist der Meinung, dass der Ruf von Kriens durch die Wiedereinführung diese Steuer, welche überhaupt nicht viel Geld bringt, geschädigt wird. Ausgerechnet Kriens, welche das Steuersubstrat verbessern möchte, macht solche Schildbürgeraktionen. Dies ist für ihn nicht begreiflich. Es ist die Hauptaufgabe des Einwohnerrates diese Finanzen wieder zu reparieren. Zuerst sollten jedoch Ausgabenpositionen, welche unnötig sind, gestrichen werden. Jetzt darf kein Signal gesendet werden, dass die Bevölkerung wegzieht und Neuzuzüger gar nicht kommen.

Laut Erwin Schwarz hat Michèle Albrecht von einer nachhaltigen Sanierung der Stadtfinanzen gesprochen. Leider genügt diese Summe überhaupt nicht für eine nachhaltige Sanierung der Stadtfinanzen. Es ist jedoch ein Verhältnisblödsinn, wenn mit den zusätzlichen kleinen Steuereinnahmen das negative finanzielle Image der Stadt Kriens weiter verschlechtert wird. Erwin Schwarz war am letzten Samstag im Schweighofpark und am Mattenhof. Er hatte den Eindruck, dass sehr viele neue Bewohnerinnen und Bewohner anwesend waren, welche einen sehr zufriedenen Eindruck gemacht haben.

Martin Zellweger ist der Meinung, dass Kriens mit der Einführung der Nachkommenserbsteuer zum heutigen Zeitpunkt als Massnahme zur Gesundung der Krienser Finanzen ein schlechtes Signal aussendet. Es wird immer darauf hingewiesen, dass die Nachkommenserbsteuer eine Massnahme der Finanzstrategie sei und deshalb daran festgehalten werden muss. Es ist zu erwähnen, dass es auch viele andere Massnahmen gibt, welche Teil der Finanzstrategie sind und nicht umgesetzt wurden. Beispielsweise hatte die Strategie auch für die Ablehnung der Steuererhöhung durch das Volk massive Sparmassnahmen vorgesehen, welche so nicht angegangen wurden. Auch er bezeichnet die Finanzstrategie als wichtigen Leitfaden um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, aber die Massnahmen dürfen nicht einfach Blind umgesetzt werden. Es wird zwar in der Begründung der Befürworter immer wieder hervorgehoben, dass das Ziel der damaligen Initiative zur Abschaffung nämlich vermögende Personen in Kriens anzusiedeln nicht erreicht wurde. Er kann sagen, dass durchaus auch vermögende Personen neu nach Kriens gezogen wie auch weggezogen sind. Wer sagt, dass nicht die Bilanz ohne der damalige Wegfall negativer ausgefallen wäre? Auch dies wäre möglich. Also eine reine haltlose Behauptung in der Würdigung des Stadtrats, es könnte genau auch das Gegenteil gelten. Bei der Einführung zum jetzigen Zeitpunkt geht es aber nicht nur um diese Bilanz. Eine Neueinführung der Nachkommenserbsteuer zu jetzigen Zeitpunkt wäre ein denkbar schlechtes Signal. Alle wissen, dass am Image von Kriens gearbeitet werden muss und Kriens gute Steuerzahler benötigt, sie gewinnen, aber auch halten muss. Möchte Kriens tatsächlich denen die einen nicht unwesentlichen Beitrag zu diesen Finanzen leisten auch noch signalisieren, dass man sie noch ein zweites Mal zur Kasse bitten möchte. Möchte man das ramponierte finanzielle Image für potentielle Zuzüger und bestehende Steuerzahler noch mit einer weiteren Medialen Mitteilung belasten. Da geht es nicht um die Höhe des Betrages, sondern um die Signalwirkung. Die vermeintlich gewonnenen jährlichen Fr. 200'000.00 wären auf anderem Wege wahrscheinlich schnell wieder eingebüsst, und der Schaden wäre unter dem Strich grösser. Die SVP-Fraktion ergreift das Referendum, weil sie genau dieses Signal nicht aussenden wollen resp. das Krienser Volk darüber entscheiden kann, ob dies gewünscht wird.

Michael Portmann möchte betonen, dass er kein Anliegen der Linken vertreten hat, sondern genau erwähnt hat, dass die Mitte/die junge Mitte-Fraktion, die SP-Fraktion und die Grüne/glp-Fraktion zusammen die Finanzstrategie des Stadtrates tragen, wenn «Ja» gestimmt wird. Das bedeutet, dass die andere Seite diese Finanzstrategie nicht trägt mit allen Konsequenzen. Dies wird auch einen

---

entsprechenden Imageschaden nach aussen geben. Er versteht nicht, wenn man die Türen der Nachkommenserbschaftssteuer zuschlägt und somit einen sogenannten «Luckypunch» vernachlässigt. Dieser «Luckypunch» kostet die Stadt Kriens Fr. 200'000.00 und ist nicht mehr möglich, wenn der B+A abgelehnt wird.

Enrico Ercolani merkt an, dass Erich Tschümperlin angesprochen und gesagt, dass diese steuerlich entlastet wurden. Dazumal hat man angenommen, dass wenn man die Unternehmungen entlastet, dass viele Unternehmer in die Region ziehen. Diese Annahmen haben sich auch bestätigt und die Steuern sind massiv gestiegen. Wenn man die Nachkommenserbschaftssteuer wiedereinführt sind Wegzüge möglich und viele die etwas zu erben haben, werden nicht nach Kriens ziehen.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass die Meisten nicht gerne Steuern zahlen. Es ist jedoch ein notwendiges Übel und man erhält auch viele Leistungen. Die Abschaffung dieser Nachkommenserbschaftssteuer war im Jahr 2002. Sie erinnert den Rat, dass im Jahr 2002 die Gemeinde Kriens eine total andere Ausgangslage hatte. Kriens war finanziell stark und konnte sogar die Steuern senken. Dafür wurden gewisse Werterhaltungen nicht ausgeführt. Seither ist man in einem Dilemma. Die Nachkommenserbschaftssteuer ist ein Projekt aus dem Planungsbericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht». Dieser Bericht wurde gemacht, damit man sieht, wie die Stadt Kriens wieder gesund werden kann. Es ist das Projekt Nummer 26. Es ist ein Projekt, bei welchem der Stadtrat einen Auftrag des Einwohnerrates erhalten hat. Die Nachkommenserbschaftssteuer ist eine reine Gemeindesteuer. Die normale Erbschaftssteuer wird aufgeteilt. 30 % für die Gemeinden und 70 % für den Kanton. Bei der Nachkommenserbschaftssteuer gibt es eine Freigrenze bis Fr. 100'000.00 und erst danach gibt es 1 % mit einer Progression von maximal 2 %. Andere Nachbargemeinden von Kriens verzichten nicht auf diese Steuer. Diese Steuer ist wichtig für eine Gesundung der Krienser Finanzen. Mit Fr. 200'000.00 kann bereits sehr viel gemacht werden. Zudem betrifft es nur den Nachlass über Fr. 100'000.00. Beispiel: Ein Ehepaar hat eine Eigentumswohnung im Wert einer Million und drei Kinder. Beide Ehegatten sind verstorben. Der Wert dieser Wohnung wird aufgeteilt an Fr. 333'000.00. Dann ergibt es eine Steuer inkl. Progression Fr. 5'994.00 pro Kind. Nach diesem Abzug bleiben noch für jeden Erben rund Fr. 327'000.00. Hinzukommt, dass diejenige, welche nach Kriens ziehen gar nicht betroffen sind. Betroffen sind die Nachkommen von denjenigen, welche in Kriens versterben. Den Erben wird auch nichts weggenommen, sie erhalten einfach weniger. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Umsetzung ein wichtiges Puzzleteil ist für die Gesundung der Krienser Finanzen. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

## **Detailberatung**

*Es erfolgte keine Wortmeldung.*

Sarah Deschwanden liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Das Reglement über den Bezug der Nachkommenserbschaftssteuer (Nr. 9015) wird gemäss Vorlage festgesetzt.*
2. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Das Reglement wird zur Genehmigung dem Regierungsrat unterbreitet.*

---

4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 034/21:**

Der Beschlusstext wird mit 16:12 Stimmen genehmigt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

---

Kriens, 4. Januar 2022

Für getreuen Auszug:



---

Sascha Frevel